https://www.heute.at/s/knaller-am-53-aus-fuer-impfpflicht-alle-g-regeln-weg-100190509 16.2.2022

Knaller am 5.3.: Aus für Impfpflicht, alle G-Regeln weg

Es dürfte wahr werden! Um 13 Uhr wird die Regierung den "Freedom Day" ansagen. "Heute" erfuhr: Impfpflicht und G-Regeln fallen – auch die FFP2-Masken?

Die Regierung plant heute einen spektakulären (und riskanten) Befreiungsschlag: Mit 5. März sollen alle G-Regeln aufgehoben werden, die Impfpflicht wird ausgesetzt, die Masken könnten wegkommen. Bis tief in die Nacht hinein wurde am Dienstag zwischen Kanzleramt und Gesundheitsministerium verhandelt. Noch ist nicht alles in Stein gemeißelt, aber es zeichnet sich ab, dass die Regierung tatsächlich einen "Freedom Day" plant. Das wurde "Heute" aus mehreren Koalitions-Quellen bestätigt. Das ist nun tatsächlich geplant:

Start in 13 Tagen

Am 5. März 2022 sollen weitgehend alle Corona-Regeln in Österreich mit einem Schlag aufgehoben werden. ……..

Ganz reibungslos dürfte der Gipfel (ab 10 Uhr – "Heute" berichtet live) nicht ablaufen. So meldete etwa Kärnten Gesprächsbedarf, auch beim "Freedom Day": "Da müssen die Experten schon gute epidemiologische Antworten liefern", so der Sprecher von SPÖ-Landeschef Kaiser. Wie auch immer: Bundeskanzler Karl Nehammer (VP), Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein (Grüne) und die beiden Gecko-Chefs (Katharina Reich, General Striedinger) verkünden die Gipfelresultate um 13 Uhr.

https://www.heute.at/s/landeschef-enthuellt-impfpflicht-aus-kommt-spaeter-100190626 16.2.2022 (Update)

Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil rechnet im "Heute"-Gespräch nicht mehr mit Impfstrafen ab 15.3. Er fordert einen klaren Fahrplan.

Burgenlands Landeschef Hans Peter Doskozil begrüßt die von der Regierung am Mittwoch präsentierten Öffnungsschritte im "Heute"-Gespräch "prinzipiell"……

"Bundesweit hat das Burgenland die niedrigste Inzidenz." Vor allem die höchste Impfquote mache sich bezahlt: "…….

…..zu keiner Entscheidung sei es laut Burgenlands Hans Peter Doskozil bei der Impfpflicht gekommen. Bereits Mittwochfrüh war aus Regierungskreisen durchgesickert, dass die Koalition ein Aus plane. Laut Sitzungsteilnehmer Doskozil blieb die Regierung eine Vorgehensweise schuldig: In Aussicht gestellt ist eine Kommissionsentscheidung vor 15. März, die möglicherweise zu einer temporären Aussetzung der Impfpflicht führt."

DANN DER KNALLER: "Wir gehen im Burgenland aus heutiger Sicht davon aus, dass es für die nächsten Monate zu keinem Vollzug der Impfpflicht kommen kann." ……

Angesichts der neuen Regeln fordert Doskozil: "Klar muss sein, dass man keinesfalls dieselben Fehler wie letztes Jahr machen darf. Viele Expertinnen und Experten sind sich einig, dass die Wahrscheinlichkeit einer neuerlichen Verschärfung der Lage im Herbst realistisch ist." Es brauche daher einen klaren Fahrplan für die nächsten Monate. "Diesen klaren Fahrplan, insbesondere klare Vorgaben für den Herbst, lässt die Regierung offen", zürnt Doskozil. ……..

https://www.heute.at/s/robert-koch-institut-neue-corona-welle-im-herbst-100190183 14.2.2022

Neue Corona-Welle im Herbst laut Experten fix

Das Robert-Koch-Institut (RKI) geht einem Zeitungsbericht zufolge fest von einer neuen Corona-Welle im Herbst aus. ……..

Das deutsche Robert-Koch-Institut geht einem Bericht der "Welt" zufolge von einer neuen Corona-Welle im Herbst aus. "Die Endemie ist noch nicht

erreicht – wir befinden uns in einer Übergangsphase", berichtet die Zeitung unter Berufung auf eine interne Lageeinschätzung des Instituts. Mit einer neuen Corona-Welle im Herbst sei "fest zu rechnen".

Auch Gérard Krause, Epidemiologe am Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung in Braunschweig, sieht die Lage skeptisch. Man wisse noch nicht, was für Varianten noch kommen, die die Immunität vielleicht umgehen und auch zu schweren Verläufen führen können. Durch abnehmenden Impfschutz und Infektionen mit der ein oder anderen Varianten hätten viele zwar eine "Teilimmunität", diese helfe jedoch nicht gegen jede Variante gleich gut, so Krause.

Wie berichtet, findet Ulrike Protzer, Leiterin des Instituts für Virologie an der TU München, dass es "absolut möglich" sei, dass nach der Omikron-Welle die Delta-Mutante wieder aufkommen könnte.

(BK: Sitzung 90 hätte ja vielleicht etwas bewirken können, s.a. nächster Beitrag)

https://www.bz-berlin.de/berlin/diese-neuen-corona-regeln-gelten-jetzt-erst-mal-in-berlin 16.2.2022

Diese neuen Corona-Regeln gelten jetzt (erst mal) in Berlin

Endlich dürfen wieder alle Berliner shoppen gehen! Ab Freitag gibt es keine Pflicht zur Vorlage eines Impfnachweises mehr. Kunden müssen aber eine FFP2-Maske tragen.

Damit entfällt eine Vorschrift, die seit Monaten umstritten war. Die 2G-Regel im Handel (kein Zutritt für Ungeimpfte) galt in der Hauptstadt seit dem 27. November. Ausgenommen waren lediglich Supermärkte, Apotheken und Drogerien. Damit ist nun nach zwölf Wochen Schluss!

Auch anderswo entfallen die 2G-Regeln. Das beschloss der Senat am Dienstag:

► Im Tierpark, Zoologischen Garten und Botanischen Garten gilt im Freien keine Maskenpflicht mehr.

► In Museen gilt nur noch Pflicht zum Tragen einer FFP2-Maske.

► In Bibliotheken brauchen Besucher nur noch eine FFP2-Maske, im Lesesaal gilt allerdings 3G!

► Bei Stadtrundfahrten und Dampferfahrten muss an Bord eine FFP2-Maske getragen werden. Zudem gilt 3G.

……Die Forderung nach einer generellen Aufhebung der Maskenpflicht hält Giffey nicht für realistisch: „Ich finde, das Thema Masken, das ist der letzte Schritt, den wir gehen, um wieder zur Normalität zurückzukehren."

Und: „Wir können ja nicht mit einem Datum beschließen, dass alles vorbei ist. Das ist dem Virus herzlich egal!"

Vorerst setzt Giffey aber auf Optimismus. Die Situation in Berlin sei so, dass sie Lockerungs- und Öffnungsperspektiven durchaus rechtfertige. Der Scheitelpunkt der Omikron-Welle sei erreicht oder schon überschritten. Es sei damit zu rechnen, dass auch die Hospitalisierungszahlen bald ihren Höhepunkt erreichten und dann zurückgingen.

Auch Lockerungen für die Schulen sind bald möglich. Giffey: „Es ist ganz klar, das Thema Maske und Test ist in den Schulen für die Kinder eine erhebliche Einschränkung."

https://www.presseportal.de/pm/58964/5146629 15.2.2022

"Richtiger Ansatz": Ärzteverband Marburger Bund lobt Stufenplan für Lockerungen

Osnabrück. Die Ärzteorganisation Marburger Bund hat die Bund-Länder-Pläne für schrittweise Lockerungen begrüßt, pocht aber vor dem Corona-Gipfel auf ein Festhalten an der FFP2-Masken-Pflicht. "In der Beschlussvorlage zu der Ministerpräsidentenkonferenz wird ein gestuftes

Vorgehen in Aussicht gestellt. Das ist der richtige Ansatz", sagte die Vorsitzende Susanne Johna im Interview mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" (NOZ). "Ich halte es für sinnvoll, im Abstand von etwa einer Woche neue Lockerungsschritte umzusetzen."

Ein Stopp der Eindämmung auf einen Schlag (Freedom Day) sei zu gefährlich, so Johna. "Es kann nur schrittweise gehen und mit Augenmaß." Es gebe noch 16 Millionen ungeimpfte Erwachsene, darunter 2,8 Millionen über 60-Jährige ohne zweifachen Basis-Impfschutz. "Wenn sich diese Menschen vermehrt infizieren - und das werden sie bei Aufhebung aller Schutzmaßnahmen - wird es in dieser Gruppe auch deutlich mehr Erkrankungen geben."

Die 2G-Regel im Einzelhandel - also das Shoppingverbot für Ungeimpfte - hält Johna schon jetzt für "entbehrlich", aber nur, "wenn stattdessen bis auf Weiteres die FFP2-Masken-Pflicht beibehalten wird. Sie sollte als Letztes wegfallen, weil sich die FFP2-Masken in der Pandemie als besonders hilfreich erwiesen haben!", forderte Johna ein Nachschärfen der Beschlussvorlage, denn darin ist keine FFP2-Pflicht mehr vorgesehen. "Solange wir eine derart hohe Infektionsaktivität haben wie jetzt, sind FFP2-Schutzmasken gerade in Innenräumen absolut unentbehrlich."……

https://www.epochtimes.de/gesundheit/bund-musste-zehntausende-dosen-corona-impfstoff-vernichten-a3718775.html 15.2.2022

19:25 Uhr: Bund musste Zehntausende Dosen Corona-Impfstoff vernichten

Der Bund musste bislang nach Auskunft des Bundesgesundheitsministeriums in seinem Zentrallager für Impfstoffe mehrere Tausend Dosen Impfstoff vernichten. Wie das Ministerium erklärt, sind bis zum 7. Februar insgesamt 11.530 Impfdosen aller Hersteller vernichtet worden, berichtet „Business Insider". Bis Ende 2021

sind in Apotheken und im pharmazeutischen Großhandel weitere 15.500 Dosen im Müll gelandet. …….

Bleibt die Nachfrage aber weiterhin so niedrig, würden allein diese Vorräte bis in den September reichen, um alle Impfwilligen mit Impfstoffen zu versorgen. Dabei sind nach wie vor 19,9 Millionen Menschen im Land ungeimpft. Das entspricht 23,9 Prozent der Bevölkerung. Für vier Millionen von ihnen (4,8 Prozent) ist bisher kein Impfstoff zugelassen, weil sie vier Jahre oder jünger sind.

https://de.rt.com/inland/131642-minister-lauterbach-will-rki-chef/
16.2.2022

Minister Lauterbach will RKI-Chef Wieler Kompetenzen entziehen und "Lockerungen mit Augenmaß"

Ein dementsprechender Passus wurde vom Gesundheitsminister in den Beschlussentwurf für den Bund-Länder-Gipfel platziert. Zudem hat sich Karl Lauterbach gegen ein komplettes Zurückfahren der Corona-Auflagen gewandt.

Nach Informationen der Bild-Zeitung möchte Gesundheitsminister Karl Lauterbach künftig wesentliche Entscheidungen in der aktuellen Maßnahmenphase allein treffen können. Ein erster Schritt ist der Entzug der Entscheidungsgewalt für den Leiter des Robert Koch-Instituts (RKI), Lothar Wieler, zum Thema Fristen für den Genesenen- oder Geimpften-Status. Dafür hat Karl Lauterbach extra einen Satz in den aktuellen Beschlussentwurf für den Bund-Länder-Gipfel am heutigen Mittwoch schreiben lassen. Laut Angaben der Tagesschau lautet die dementsprechende Formulierung unter Punkt 8:

"Bei der vom Bundesminister der Gesundheit angestoßenen Überarbeitung der COVID-19-Schutzmaßnahmen-AusnahmenVerordnung (SchAusnahmV) entfällt in Hinblick auf die Festlegungen zum Geimpften- und Genesenenstatus die Delegation auf das Paul-Ehrlich-Institut und Robert Koch-Institut (RKI)."…….

http://exxpress.at/heftig-kanadas-regierung-laesst-bankkonten-von-corona-demonstranten-einfrieren/ 15.2.2022

Heftig: Kanadas Regierung lässt Bankkonten von Corona-Demonstranten einfrieren

Der kanadische Premierminister dreht den Truckern den Geldhahn zu: In einem nie dagewesenen Akt hat Justin Trudeau nicht nur das Notstandsgesetz erlassen, sondern die kanadischen Banken auch mit sofortiger Wirkung dazu bemächtigt, die Bankkonten der demonstrierenden LKW-Demonstranten und all ihren Unterstützung rein auf Verdachtsbasis einzufrieren, bis die Proteste aufgelöst sind.

…….Nachdem die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und Trudeaus Regierung viel Unterstützung erhalten hatten und dadurch nach wie vor die Hauptstadt Ottawa sowie wichtige Grenzübergänge lahmgelegt haben, rief der Premier zum ersten Mal überhaupt den Notstand aus. Weiters kündigte er an, das Notstandsgesetz nutzen zu wollen, um die "Freiheits-Konvois" zu zerschlagen – und nun wurde auch bekannt, wie.
……

https://de.euronews.com/2022/02/14/polizei-rustet-sich-mehrere-protestkonvois-nahern-sich-brussel 14.2.2022

Polizei rüstet sich: Mehrere Protestkonvois nähern sich Brüssel

Mit einem Hupkonzert protestieren Hunderte Menschen auf einem Supermarktparkplatz nahe Lille gegen die französische Corona-Politik. Hier in Nordfrankreich legen sie eine Pause ein.

"In allen Ländern passiert das Gleiche"

Der Protestkonvoi ist von Paris unterwegs ins EU-Viertel von Brüssel. Dort werden an diesem Montag auch Demonstrierende aus Deutschland, den Niederlanden und Luxemburg erwartet.

Brüssel verbietet Proteste

Die belgischen Behörden haben es verboten, in der Hauptstadt mit Fahrzeugen zu demonstrieren. Man werde eine Blockade Brüssels nicht zulassen. Zahlreiche Sicherheitskräfte wurden mobilisiert. ……..

Der selbsternannte “Freiheitskonvoi” hatte am Samstag bereits versucht, Frankreichs Hauptstadt Paris lahmzulegen – trotz Verbots. Die Polizei setzte Tränengas ein, es gab knapp 100 Festnahmen und Hunderte Verwarnungen - etwa, weil Menschen Benzinkanister, Hammer, Messer oder Steinschleudern dabeihatten.

Vorbild für die Aktion sind die anhaltenden Trucker-Proteste in Kanada, wo seit Wochen Tausende Menschen gegen Impfvorschriften und Corona-Maßnahmen mobil machen. Ähnliche Konvois gibt es inzwischen in mehreren Ländern weltweit.

https://de.euronews.com/2022/02/12/corona-trucker-blockieren-parlament-in-den-haag 12.2.2022

Corona-Trucker blockieren Parlament in Den Haag

Nach Kanada zieht der Corona-Protest auf Rädern auf durch europäische Städte. Fahrzeug-Konvois und Trucker blockieren Straßen und Gebäude in Paris und Den Haag.

Trotz Verbot rollt der sogenannte "Convoi de la Liberté" - der Fahrzeug-Konvoi der Freiheit - Richtung Paris. Tausende Gegner der Coronamaßnahmen sind auf einer Sternfahrt aus ganz Frankreich angereist, um die Hauptstadt lahmzulegen.

Die Polizei ist mit einem Großaufgebot im Einsatz, mehr als 7.000 Sicherheitskräfte sollen die Blockaden verhindern. Auf Anweisung des Innenministers waren alle Versammlungen und Fahrzeug-Konvois in Zusammenhang mit dem "Convoi de la Liberté" verboten worden.
…….

Trotz Kontrollen schafften es dennoch Fahrzeuge ins Zentrum.

https://www.lavocedeltrentino.it/2022/02/15/malore-fatale-sulle-piste-in-val-di-fassa-morto-un-77enne/ 15.2.2022

Malore fatale sulle piste in val di Fassa: morto un 77enne

Un 77enne è morto ieri (14 febbraio) sulle piste della val di Fassa dove era stato colpito da un malore improvviso. Lo sciatore era stato visto accasciarsi lungo una discesa del comprensorio sciistico del Belvedere, nell'area di Canazei. …..

https://t.me/CardiacArrestSports/838 15.2.2022

Ein 77-jähriger Skifahrer bricht an einem Skihang in Val di Fassa nach plötzlichem medizinischen Notfall zusammen und stirbt. Vergeblicher Helikoptereinsatz. G2 bei italienischen Skiliften. Meldung vom 15.2.22.

Malore fatale durante la ciaspolata sulla neve, muore ingegnere 45enne

….. Un weekend sulla neve si è trasformato in una tragedia. Miguel Geremia, ingegnere 45enne residente a Rossano Veneto e Ceo della Spic di Castelfranco Veneto, sabato è stato stroncato da un malore improvviso durante una ciaspolata sulla neve a Bressanone. La causa del decesso sarebbe stata un infarto. ….

https://t.me/CardiacArrestSports/837 15.2.2022

Der 45-jährige Ingenieur Miguel Geremia bricht bei einer Schneeschuhtour in Brixen zusammen und kann nicht wiederbelebt werden. Meldung vom 15.2.22.

https://t.me/Sportler_2022/92 14.2.2022

Fünf italienische Radfahrer mit tödlichen Herzstillständen in fünf Tagen - vermutlich nur die Spitze eines Eisbergs.

Typischerweise trifft es Männer zwischen 40 und 70. Was, wenn die Radsaison der Geboosterten nördlich der Alpen beginnt?

Quelle 1

https://www.ilgazzettino.it/nordest/padova/malore_biciletta_manovre_rianimazione_muore_sessantenne-6499988.html

Quelle 2

https://www.ilpiccolo.net/generic/2022/02/14/news/ciclista-si-sente-male-inutili-i-soccorsi-136066/

Quelle 3

https://gazzettadimantova.gelocal.it/mantova/cronaca/2022/02/13/news/muore-d-infarto-a-ostiglia-in-sella-alla-bici-1.41225209

Quelle 4

https://www.lastampa.it/savona/2022/02/09/news/finale_ligure_muore_in_bici_per_infarto_a_54_anni_l_appuntato_callegari-2851081/

Quelle 5

https://www.imperiapost.it/544200/imperia-dramma-sullaurelia-trovato-in-arresto-cardiaco-ciclista-68enne-muore-al-pronto-soccorso

https://report24.news/buerger-wehren-sich-eu-kommission-wird-mit-kritik-wegen-gruenem-pass-ueberschuettet/?feed_id=12153 15.2.2022

Bürger wehren sich: EU-Kommission wird mit Kritik wegen Grünem Pass überschüttet

„Ihre Meinung zählt" – so ist es auf der Website der EU-Kommission zu lesen, auf der Rückmeldungen der Bürger zu verschiedenen EU-Plänen und Gesetzen erfragt werden. Auch zur geplanten Verlängerung des digitalen Covid-Zertifikats (und damit des faktischen Impfzwangs) können die Menschen in der Europäischen Union sich äußern. Das Ergebnis fällt eindeutig aus: Schon mehr als 26.000 Bürger haben scharfe Kritik an

diesem Vorstoß geäußert. Die Zahl der (durchweg negativen) Rückmeldungen steigt stetig.

Aktuell melden sich vor allem Bürger aus Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und den Niederlanden zu Wort, doch Protest wird zunehmend aus allen Ländern der Union bekundet. Minütlich gehen etliche neue Meldungen ein.

Der Tenor ist klar: Das Covid-Zertifikat gehört abgeschafft und die Grundrechte aller Bürger wiederhergestellt. Die Menschen kritisieren die mangelnde Wirkung der Covid-Vakzine und die daraus resultierende völlige Sinnlosigkeit des Zertifikats. Den EU-Bürgern ist klar, dass es sich beim „Grünen Pass" schlussendlich nur um ein Kontroll-Instrument handelt – denn die Gesundheit der Bevölkerung vermag er nicht zu verbessern. ……..

Laut EU-Kommission werden sämtliche übermittelte Rückmeldungen gesichtet und schließlich zusammengefasst. Bis zum 8. April können Stellungnahmen abgegeben werden. …….

Auf dieser Website können Sie der EU-Kommission selbst Ihre Meinung zur Verlängerung des Covid-Zertifikats mitteilen: https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/13375-Extension-of-EU-Digital-COVID-Certificate-Regulation_de ….

https://www.welt.de/vermischtes/article236909941/Lauterbach-Hoehepunkt-der-Omikron-Welle-ueberschritten-fuer-massvolle-Lockerungen.html 16.2.2022

……..„Der Höhepunkt der Omikron-Welle ist überschritten – ziemlich genau an dem Tag, den ich vor einem Monat vorausgesagt hatte", sagte der SPD-Politiker Lauterbach zu „Bild". Daher seien „maßvolle Lockerungen" von Corona-Beschränkungen nun möglich, erläuterte er mit Blick auf die Beratungen von Kanzler Olaf Scholz (SPD) und den Ministerpräsidenten an diesem Mittwoch.

Lauterbach hatte nach Berechnungen eines wissenschaftlichen Modells den Höhepunkt der Omikron-Welle für Mitte Februar prognostiziert. Das zeige, wie gut dieses Modell funktioniere. „Die Maßnahmen haben genau gesessen", sagte er zu den bisherigen Alltagsauflagen. „Damit konnten wir die Zahl der Sterbefälle deutlich reduzieren und sind im Vergleich zu anderen Ländern wirklich gut durch diese Omikron-Welle gekommen. Man sollte anerkennen: Da hat etwas geklappt."

Die Sieben-Tage-Inzidenz sank laut Robert Koch-Institut (RKI) den dritten Tag in Folge auf nun 1437,5. Am Vortag waren es noch 1459,8 gemeldete Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner in sieben Tagen gewesen. Die Gesundheitsämter meldeten 159.217 neue Fälle an einem Tag. Lauterbach hatte zunächst die Erwartung geäußert, dass die Neuinfektionen auf bis zu 400.000 pro Tag steigen könnten. Ein solches Spitzenniveau wurde bisher aber nicht erreicht. …..

https://reitschuster.de/post/arrest-und-5-500-euro-strafe-fuer-impfverweigerung-bei-bundeswehr/ 15.2.2022

Arrest und 5.500 Euro Strafe für „Impfverweigerung" bei Bundeswehr Verteidigungsministerium macht falsche Angaben bei Kleiner Anfrage

Von Mario Martin

Während die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Gesundheitspersonal noch immer am 15. März in Kraft treten soll, gilt für die Bundeswehr bereits seit dem 24. November 2021 die Duldungspflicht für die Corona-Impfung. Soldaten müssen also dem Befehl zur Impfung nachkommen.

Einige Abgeordnete des Bundestages und die AfD-Fraktion stellten im Januar eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung. Es wurde um Auskunft zur aktuellen Situation rund um COVID-19 und die Impfung gebeten. Die Antworten des Bundesministeriums der Verteidigung (BMV) auf die 21 eingereichten Fragen, zeichnen ein Bild des Nichtwissens und des Nicht-Wissen-Wollens. Dazu wird in mindestens einer Antwort eine falsche Behauptung aufgestellt. Aber der Reihe nach.

Auf die Frage, wie die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr bisher gewährleistet werden konnte, antwortet die Bundesregierung: “Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr konnte auf Grund der konsequenten Einhaltung der präventivmedizinischen Vorgaben und Schutzmaßnahmen (u. a. AHA-L) sowie der schnellen Umsetzung der angewiesenen Impfprophylaxe aufrechterhalten werden.”

Anscheinend konnte die Einsatzfähigkeit also auch ohne Impfung sichergestellt werden, da erst seit Frühjahr 2021 geimpft wurde. Wie gefährlich COVID-19 in der Zwischenzeit für die Soldaten gewesen sein muss, kann anhand der nächsten Frage nachvollzogen werden.

Laut Angabe des BMV sind bisher zwei Soldaten an COVID-19 verstorben. Weiterhin sind keine Fälle bekannt, in denen eine Dienstunfähigkeit auf Grund von “Long-COVID-19” eingetreten ist. Angaben über die Anzahl der aufgrund von COVID-19 hospitalisierten Fälle liegen der Bundeswehr nicht vor.

Das sind also die (nicht vorhandenen) medizinischen Basisdaten, mit denen bei der Bundeswehr die Duldungspflicht für eine experimentelle Impfung erlassen wurde. Wer braucht schon lästige Daten, um zehntausenden Soldaten eine Impfung aufzuzwängen? Die Bundeswehr jedenfalls nicht. ……..

Im Hinblick darauf ist die im Fragenkatalog der Kleinen Anfrage gestellte 14. Frage besonders interessant. Dort heißt es:

14. Wie viele Disziplinarverfahren sind seit Aufnahme der COVID-19-Impfung in die Liste duldungspflichtiger Impfungen am 24. November 2021 gegen Soldaten, die sich einer COVID-19-Impfung verweigerten, eingeleitet worden?

Antwort: Seit der Aufnahme der COVID-19-Impfung in die Liste der duldungspflichtigen Impfungen am 24. November 2021 wurden bisher keine gerichtlichen Disziplinarverfahren wegen einer Weigerung, sich impfen zu lassen, eingeleitet.

Das BMV gibt also zur Auskunft, es wären überhaupt keine Disziplinarverfahren in Folge einer Verweigerung der Impfung eingeleitet wurden. Das entspricht nicht der Realität. Es wurden diverse Disziplinarmaßnahmen eingeleitet und angedroht. …..

Laut Angaben des BMV sind bisher zwei Soldaten wegen ihrer Impf-Entscheidung aus dem Dienst entlassen worden. ……

Betrachtet man die Situation mit etwas Abstand, drängt sich der Gedanke auf, dass von Seiten der Politik und der Führung der Bundeswehr bewusst gegen die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr gearbeitet wird und die Wehrfähigkeit absichtlich beschädigt wird. Medizinische Gründe für die Einführung der Duldungspflicht gibt es nicht, da Schäden in der Bundeswehr durch COVID-19 quasi nicht-existent sind. Das lässt sich an den vom BMV genannten Zahlen nachvollziehen. ……

https://www.msn.com/de-de/gesundheit/medizinisch/urteil-pcrtests-weisen-ansteckungsfhigkeit-nach/ar-AATPQSU 14.2.2022

Urteil: PCR-Tests weisen Ansteckungsfähigkeit nach

PCR-Tests sind einem Gerichtsurteil zufolge ein geeigneter Nachweis für die Ansteckungsfähigkeit eines Menschen mit dem Coronavirus. Dies gelte so lange, wie keine zuverlässigere Nachweismöglichkeit entwickelt sei, entschied das Verwaltungsgericht in Koblenz in einem am Montag bekannt gegebenen Urteil vom 10. Januar (Az.: 3 K 385/21.K0).

In dem konkreten Fall hatte die Kreisverwaltung Mayen-Koblenz die 14-tägige Quarantäne eines Kindergartenkindes angeordnet, nachdem dieses mit einer positiv getesteten Kita-Mitarbeiterin in einem Raum gewesen war. Die Eltern klagten im Namen des Kindes unter anderem mit der Begründung, eine Infektion der Kita-Mitarbeiterin sei nicht nachgewiesen, da ein PCR-Test zum Nachweis des Krankheitserregers nicht geeignet sei. Laut Gericht war die Quarantäneanordnung jedoch rechtens.

https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/baerbock-spricht-sich-f%C3%BCr-allgemeine-impfpflicht-aus/ar-AATPN5w?ocid=msedgdhp&pc=U531 14.2.2022

Baerbock spricht sich für allgemeine Impfpflicht aus

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat sich für eine allgemeine Impfpflicht ausgesprochen. Es sei gut, dass im März die Impfpflicht für Beschäftigte in Kliniken und Pflegeeinrichtungen komme, sagte Baerbock nach einem Krankenhausbesuch im brandenburgischen Ludwigsfelde. „Sie wird aber nicht ausreichen. Wir brauchen eine allgemeine Impfpflicht in Deutschland, damit wir all diejenigen schützen, die seit zwei Jahren alles gegeben haben, das Gesundheitssystem aufrecht zu erhalten."

Die Beschäftigten in den Krankenhäusern hätten in den vergangenen beiden Jahren Unglaubliches geleistet, sagte Baerbock. Die Pandemie binde aber weiterhin sehr viel Personal und die Belastung gerade bei den Pflegekräften sei sehr hoch.

Der Besuch in der Klinik sei deswegen für sie auch eine Gelegenheit gewesen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu danken und gleichzeitig für das Impfen zu werben, sagte Baerbock, die den Besuch in ihrer Funktion als Potsdamer Bundestagsabgeordnete absolvierte.

18.00 Uhr – WHO-Chef warnt vor fahrlässigem Umgang mit Pandemie

Der Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, hat vor Fahrlässigkeit in der Corona-Pandemie gewarnt. Hohe Impfraten in einigen Ländern und die weniger gefährliche Coronavirus-Variante Omikron verleiteten zu dem falschen Schluss, die Pandemie sei zu Ende, sagte Tedros.

Die Welt dürfe aber nicht die Chance verspielen, die Pandemie 2022 unter Kontrolle zu bringen, betonte er. Es sei zu befürchten, dass 116 Länder das Ziel verfehlen werden, bis Mitte des Jahres 70 Prozent der

Bevölkerung gegen Covid-19 zu immunisieren. Das seien die idealen Bedingungen für das Entstehen neuer Virusvarianten, erklärte Tedros.

https://unser-mitteleuropa.com/wird-ueber-nationalen-verfassungen-stehen-who-etabliert-globales-abkommen-zur-pandemievorsorge/
10.2.2022

Wird über nationalen Verfassungen stehen: WHO etabliert globales Abkommen zur „Pandemievorsorge"!

So sehr das Ende der Corona-Beschränkungen in vielen Ländern auch zu begrüßen ist, man sollte sich nicht von der Tatsache täuschen lassen, dass im Hintergrund weiter an einem globalen Umbau nach den Vorgaben des „Great Reset" gebaut wird. Und das auf Hochtouren.

Bedrohliches Abkommen für „Pandemieprävention"

Denn das nun offensichtliche Scheitern der Covid-Maßnahmen, samt dem Zurückrudern und Kleinbeigeben von Politik und Medien, war offenbar Teil des Plans. Die WHO nutzt nun diese allgemeine Ablenkung, um die Mitgliedstaaten zur Unterzeichnung eines neuen Abkommens über die weltweite Pandemievorsorge" zu bewegen, das im Grunde genommen der WHO die Macht in allen medizinischen und klimatischen Notfällen überträgt!

„[…] a convention, agreement or other international instrument under the Constitution of the World Health Organization to strengthen pandemic prevention, preparedness and response. […]"

Der neue, im Dezember 2021 päsentierte, Vertrag, der einen ursprünglichen Vertrag von 2005 erweitert, bedeutet, wenn er von den Mitgliedstaaten angenommen wird, dass die Verfassung der WHO (gemäß Artikel 9) bei Naturkatastrophen oder Pandemien Vorrang vor der Verfassung der einzelnen Länder hat. Dafür will man in Europa vor allem die EU zur Implementierung in den Mitgliedsstaaten gewinnen.

Mit anderen Worten: Die WHO wird künftig diktieren, nicht nur empfehlen.

…..

https://www.berliner-zeitung.de/news/berlin-impfpflicht-bei-feuerwehr-dramatische-und-nicht-beherrschbare-sicherheitslage-li.211513
12.2.2022

Berliner Feuerwehrmänner warnen: Impfpflicht gefährdet Sicherheit der Stadt

450 Feuerwehrmänner aus Berlin warnen in einem offenen Brief vor den Folgen einer Impfpflicht bei der Feuerwehr. Sie gilt ab dem 15. März 2022.

Berliner Feuerwehrleute warnen vor der einrichtungsbezogenen Impfpflicht. Sie gilt wie für Pflegekräfte auch für Mitglieder der Feuerwehr Berlin. Wer bis Mitte März keine vollständige Impfung nachweisen kann, wird dem Gesundheitsamt gemeldet. Eine Folge für die ungeimpften Betroffenen können arbeitsrechtliche Konsequenzen sein.

Darauf hat Landesbranddirektor Karsten Homrighausen alle Beschäftigten in einem Schreiben hingewiesen. Rund 450 Feuerwehrler haben sich jetzt aus Protest in einer Gruppe mit dem Namen Feuerwehrgemeinschaft Berlin zusammengeschlossen. Sie haben ihrerseits einen Brief geschrieben, in dem sie die geplante Impfpflicht innerhalb der Behörde scharf kritisieren. Sie fordern die Aussetzung. Die Feuerwehrler warnen: Die Impfpflicht werde in Berlin „ab dem 16. März 2022 zu einer dramatischen und nicht beherrschbaren Sicherheitslage führen."

…….

https://reitschuster.de/post/tod-nach-mrna-impfung-wo-ist-15-jaehrige-cheyenne-b/ 12.2.2022

Tod nach mRNA-Impfung: Wo ist 15-jährige Cheyenne B.? Verdachtsmeldung taucht im Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts nicht auf

Von Alexander Wallasch

Die Vermutung ist schwerwiegend, die Konsequenzen wären immens: Hat das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) einen gemeldeten Verdachtsfall auf Tod nach Impfung bei einer Jugendlichen nicht dokumentiert? Ein bedauerlicher Einzelfall oder die Spitze des Eisbergs? Sollte sich tatsächlich bestätigen, dass hier gravierende Fehler gemacht wurden, muss das weitreichende Bedeutung für die Impfkampagnen der Bundesregierung haben – bis hin zur Position des verantwortlichen Gesundheitsministers Lauterbach.

Der Bundestagsabgeordnete Martin Sichert (AfD) hatte im Namen seiner Fraktion eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt, nachdem er die letzten Sicherheitsberichte des PEI genauer studiert hatte……..

Und damit wären wir wieder beim Abgeordneten Sichert, der nämlich hatte sich intensiv mit dem Fall der verstorbenen 15-jährigen Cheyenne B. aus seiner Region beschäftigt. Sichert und sein Büro analysierten besagte Sicherheitsberichte des PEI und waren anschließend darüber irritiert, dass die 15-Jährige dort einfach nicht aufzufinden ist.

Dazu muss man wissen: Der Fall der Verstorbenen soll laut Aktenlage vom behandelnden Krankenhaus an das PEI gemeldet worden sein, weil ihr Tod in engem zeitlichen Zusammenhang mit ihrer Impfung gelegen hat. Aber dort ist er nach Recherche des Bundestagsabgeordneten einfach nicht aufgetaucht.

Sichert fragte also die Bundesregierung:

„Wurde über den Todesfall des 15-jährigen Mädchens aus Hollfeld im Sicherheitsbericht des PEI vom 23.12.2021 berichtet und wenn nicht, warum nicht?"

Antwort der Bundesregierung:

„Das PEI berücksichtigt sämtliche eingegangenen Verdachtsmeldungen des Berichtszeitraums in seinem Sicherheitsbericht. Unter Verweis auf die

Vorbemerkung der Bundesregierung ist eine eindeutige Zuordnung einer solchen Verdachtsfallmeldung zu einem in den Medien beschriebenen Fall grundsätzlich nicht möglich."

Aber wenn „sämtliche eingegangenen Verdachtsmeldungen des Berichtszeitraums" im Sicherheitsbericht des PEI berücksichtigt sind, wo ist dann Cheyenne B. abgeblieben? Namen werden zwar nicht genannt, aber Sichert meint, er konnte anhand der geringen Zahl der im Bericht angegebenen verstorbenen Jugendlichen nachvollziehbar ermitteln, dass der Fall der 15-Jährigen dort nicht auftaucht. ……

Cheyenne B. wurde am 15.09. 2021 mit Biontech geimpft, die Zweitimpfung erfolgte am 25.10.2021. Neun Tage später brach die 15-Jährige am Esstisch der Familie zusammen und wurde anschließend neunzig Minuten wiederbelebt. Sie verstarb dreizehn Tage später im Krankenhaus. ……

https://tkp.at/2022/02/12/ueberraschender-rueckzieher-pfizer-zieht-antrag-auf-impfzulassung-fuer-kleinkinder-zurueck/ 12.2.2022

Überraschender Rückzieher: Pfizer zieht Antrag auf Impfzulassung für Kleinkinder zurück

Die ersten notzugelassenen Impfungen von Babys standen in den USA bereits kurz davor. Doch jetzt macht Pfizer einen Rückzieher. Man zog den Antrag auf Impfzulassung für Kleinkinder ab 6 Monate vorerst zurück. Man wolle die aktuellen Studien abwarten, die dann auch eine dritte Nadel bereits inkludiert.

Erst Anfang Februar hatte Pfizer in den USA die Zulassung für ihre mRNA-Injektion für Kinder und 5 Jahren beantragt. Eingereicht wurden die Dokumente bei der US-amerikanischen Prüfungsbehörde FDA. Ging es nach dem Konzern, sollte die Notzulassung für Kinder ab sechs Monaten gelten. Doch keine zehn Tage später zieht der Pharmariese den Antrag zurück.

Kleinkinder im Fokus

Man werde den Zulassungsantrag vorerst aussetzen, heißt es in einer Presseaussendung am Freitag. Der Grund laut Pfizer: Die Studie an Kindern von 6 Monaten bis 5 Jahren läuft noch, und werde auf drei Dosen erweitert, weshalb die Anfrage auf Zulassung nun verschoben werde.

……..

Pfizer-Motor stockt

……Warum Pfizer plötzlich (und erwartet) vom Gaspedal steigt? Darüber kann nur spekuliert werden: Die Berichte über unerwünschte Nebenwirkungen häufen sich jedenfalls immer mehr, kommen auch langsam im Mainstream an. Gleichzeitig ändert der Pharmakonzern auch still und leise die Aussichten des Geschäftsjahres nach unten, TKP berichtete.

New York Times „Deserteur" Alex Berenson, machte auf die Pressemitteilung von Pfizer aufmerksam. Er kommentierte kurz und knapp: Für Pfizer werde „die Realität von Tag zu Tag härter". Medial wird der Rückzug kaum thematisiert, wenngleich in der Nacht auf Freitag „Reuters" einen Bericht veröffentlichte.

Darin heißt es, dass auch die FDA Druck gemacht habe, da man schon im Februar die Zulassung erteilen hätte wollen. Das neue Prüfverfahren – das drei Dosen und nicht nur zwei beinhalten soll – verschiebt sich nun auf April.

https://report24.news/der-druck-waechst-strafanzeige-gegen-christian-drosten-gestellt/ 11.2.2022

Der Druck steigt: Strafanzeige gegen Christian Drosten gestellt

Der auf Wissenschaftsbetrug spezialisierte Wissenschaftler Dr. Markus Kühbacher gab via Twitter bekannt, Strafanzeige gegen Prof. Christian Drosten gestellt zu haben.

Kühbacher hatte zuvor bereits kritische Fragen zu Drostens Promotionsschrift aufgeworfen, die daraufhin weite Kreise zogen. Nun, da Deutschlands prominentester Virologe sich mit schwerwiegenden Vorwürfen rund um eine mögliche Vertuschung der Laborherkunft von SARS-CoV-2 konfrontiert sieht, geht Kühbacher noch einen Schritt weiter: Laut eigenen Angaben stellte er bei der Staatsanwaltschaft Berlin eine Strafanzeige gegen Drosten wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB und wegen Verdachts der versuchten Strafvereitlung nach §258 StGB. Der Wissenschaftler kündigte an, umfassende Beweise vorlegen zu wollen.

Schwere Vertuschungsvorwürfe

Drostens mögliche Beteiligung an einer mutmaßlichen Vertuschung des Virusursprungs steht bereits seit dem Leak zahlreicher aufschlussreicher E-Mails von und an US-Corona-Papst Dr. Anthony Fauci im Raum. Dass Christian Drosten im Februar 2020 an einem Brief im Lancet mitgewirkt hatte, der jedwede Nachforschungen in Richtung der Lab-Leak-Theorie zu SARS-CoV-2 kritisierte, tat sein Übrigens. In besagtem Brief ist zu lesen:

Wir stehen zusammen, um Verschwörungstheorien, die darauf hindeuten, dass COVID-19 keinen natürlichen Ursprung hat, entschieden zu verurteilen.

Nachdem zuletzt Physikprofessor Roland Wiesendanger zu dem Schluss kam, dass ein Laborunfall als Ursprung des Virus am wahrscheinlichsten ist, und in der Folge schwere Vorwürfe gegen Fauci und Drosten erhob, wuchs der Druck auf Deutschlands Star-Virologen erheblich. So gab er mittlerweile zu, dass man die Experimente im Wuhan-Labor durchaus als „gefährlich" bezeichnen könnte und behauptete plötzlich, er sei stets offen für alle Möglichkeiten des Virusursprungs gewesen. ……..

BK: Über Prof. Wiesendanger und seine Studie berichtet in BK 36 vom 2.6.2021 „China-Bashing", unterfüttert alles nur die Virustheorie.

https://www.merkur.de/deutschland/berlin/corona-positiv-schnelltest-capri-sonne-schulfrei-positiv-pcr-test-quarantaene-praesenzunterricht-schule-regeln-91350538.html 16.2.2022

Corona-positiv dank Capri-Sonne? Videos sorgen für Wirbel

Berlin - Macht Capri-Sun einen Corona-Schnelltest positiv? Wie es scheint, dient das Erfrischungsgetränk, das früher unter dem Namen „Capri-Sonne" bekannt war, Berliner Schülern als beliebtes Mittel der Selbstisolation in Corona-Zeiten. Das zumindest behauptet die Berliner Morgenpost unter Berufung auf Lehrerkreise. Zwei Tropfen des Fruchtgetränks auf die Testkassette sollen genügen – und schon erscheinen zwei rote Balken, die vom Schulunterricht befreien. ….

„Unter den Schülern ist das ein offenes Geheimnis", sagt ein Schulleiter der Berliner Morgenpost, der offenbar anonym bleiben will. Der Trick werde auf TikTok verbreitet und sei auch in den Pausen ein Thema, erklärt er weiter. Zwar ließen sich laut dem Schulleiter auch Cola, Red Bull oder Säfte verwenden – aber nicht so unauffällig wie das kleine Zuckergetränk mit seinem mitgelieferten Strohhalm. …….

Doch warum sorgen Zuckergetränke überhaupt für zwei rote Balken auf einem Schnelltest? Grund sei ein einfacher chemischer Prozess, erklärt der Neuköllner Amtsarzt Nicolai Savaskan gegenüber der Morgenpost. Die Säure in den Getränken ändere den pH-Wert der Teststreifen: „Auf den Streifen der Tests sind Antikörper festgemacht, die sich durch die Säure biegen und so das Farbsignal auslösen."**

(** Hat schon Dr. Lanka vor ca. 20 Jahren erklärt, dass sich durch pH-Veränderung und /oder Zugabe von Spüllösungen die Schnelltests beliebig einstellen lassen)

https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/mehr-als-275000-gingen-gegen-die-corona-massnahmen-auf-die-strasse-li.212155
16.2.2022

Mehr als 275.000 Menschen gingen Montag gegen Corona-Maßnahmen auf die Straße

Bundesweit wurde am Montag in vielen Städten gegen Impfpflicht und Corona-Maßnahmen demonstriert. Eine Umfrage in den Bundesländern.

Auch am Montag dieser Woche protestierten im gesamten Bundesgebiet Hunderttausende gegen die Corona-Politik der Regierung. Auf Anfrage der Berliner Zeitung teilten die Polizeipräsidien und Innenministerien der Bundesländer die Teilnehmerzahlen mit. Demnach nahmen an den Montagsprotesten in dieser Woche 275.200 Menschen teil. Das sind etwa 100.000 weniger als vor drei Wochen. …….